

Ansprache am Volkstrauertrag

im Bürgersaal in Kassel am 17. November 2019

Am Volkstrauertag gedenken wir der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft aller Völker und Nationen. Die Schatten des furchtbaren letzten Krieges sind noch nicht verschwunden. In Deutschland bleibt besonders die Erinnerung an den am 1. September 1939 mit dem Angriff auf Polen begonnenen nationalsozialistischen Eroberungskrieg unvergessen, die nicht zu zählenden Millionen von Toten aller kriegführenden Staaten, die Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung mit dem Ziel der Vernichtung des Judentums in ganz Europa, das Elend der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und in Deutschland selbst durch die Luftangriffe, die Abermillionen kriegsverletzten Männer, Frauen und Kinder. Dann die Nachkriegszeit, Witwen und Waisen, Kriegsgefangenschaft, Menschen mit amputierten Beinen oder Armen, Kriegsblinde und andere „Kriegsversehrte“. Was der Krieg bedeutet, - und ich erwähnte nur das in die Augen Fallende, - wissen wir genau.

Dass daher alles getan werden muss, um den Frieden zu erhalten, liegt auf der Hand.

Die Menschen wussten dies auch in früheren Jahrhunderten. Das Nibelungenlied – einst deutsches Heldenepos um Siegfried, Gunter und Giselher - endet in einer bitteren Katastrophe. Alle Helden und schönen Frauen sind totgeschlagen und tiefe Trauer, Schmerz, Jammer und die Totenklage bleiben übrig. Der Dichter dieses Epos teilt unmissverständlich das Elend des Krieges mit, wie man aus den letzten drei Versen entnehmen kann.

Da lagen nun alle, denen bestimmt war zu sterben, tot am Boden. Die edle Frau war in Stücke gehauen. Dietrich und Etzel weinten. Sie klagten von Herzen um Verwandte und Gefolgsleute.

Alle, auf die ihre Ehre sich gegründet hatte, lagen erschlagen. Die Leute klagten und weinten. [...]

Ich kann Euch nicht sagen, was danach geschah, nur so viel kann ich sagen, dass man sah, wie Ritter, Frauen und edle Knappen den Tod ihrer teuren Freunde beweinten. Hier findet die Geschichte ihr Ende. Das ist „Der Nibelungen Not“.

Schrecken und Elend des Krieges bildeten keine neue Erkenntnis, und doch musste sie immer wieder neu ins Bewusstsein gehoben, scheinbar neu entdeckt werden.

Was aber können wir konkret für den Erhalt des Friedens tun? Einmal abgesehen davon, dass wir politische Parteien und Regierungen wählen können, für die die Friedenspolitik im Zentrum der Außen- und Weltpolitik steht.

Ich frage mich: Können wir nicht auch in unserem engeren Umfeld, sozusagen vor Ort, etwas für den Frieden tun? Lässt sich vielleicht im Innern der Gesellschaft konstruktive Friedensarbeit leisten? Und falls ja, hätte dies unter Umständen Auswirkungen, Fernwirkungen auf die übergreifende Kriegs- und Friedensfrage zwischen den Staaten?

Im Folgenden möchte ich einige Gedanken über unseren Beitrag zum inneren Frieden vortragen. Ich tue dies nicht ohne aktuellen Anlass. Ich bin sicher, dass wir hier viel tun können und viel zu tun haben. Vor wenigen Monaten habe ich nicht geglaubt, wieder feststellen zu müssen: Der Jahrzehnte anhaltende innere Frieden ist in Gefahr.

Was ist der „innere Frieden“? Unter innerem Frieden verstehe ich eine gesellschaftliche Verfassung auf der Grundlage der universalen Menschenrechte, die vom demokratischen Rechtsstaat geschützt wird. Ich gehe davon aus, dass dieser innere gesellschaftliche Frieden in gleicher Weise wichtig wie der Frieden zwischen den Staaten ist. Ich kann mir sogar vorstellen, dass die Erfahrung gelungenen inneren Friedens auch positive Wirkungen hinsichtlich des Abbaus von auswärtigen Feindbildern hat.

Die Ausgangssituation 1945

Erinnern wir uns an die Ausgangssituation. Wir leben in Deutschland auf der Grundlage einer Ordnung, die nach einer zwölfjährigen Diktatur die Demokratie neu aufbaute. Auf Grund der sechs Jahre andauernden Kriegserfahrung 1939 – 1945 war man in Deutschland sich einig, alles zu tun, um eine künftige Wiederholung unmöglich zu machen, sie im Keim zu ersticken.

Ob Heinrich Bölls „Brief an einen jungen Katholiken“, Bert Brechts „Mutter Courage“, Wolfgang Borchardts „Draußen vor der Tür“ oder die Schriftsteller und Schriftstellerinnen der Gruppe 47 und andere – sie haben alle eindeutig hierzu Stellung bezogen.

Auch die Kirchen, Gewerkschaften und demokratischen Parteien und viele Menschen waren sich in dieser Frage einig. Nicht zufällig nannte sich die vormalige Zentrumspartei der Weimarer Republik um in CDU bzw. in CSU und betonte damit die christliche Haltung, die immer eine Friedenshaltung sein sollte. Eine politische Partei, die das Wort „Frieden“ im Parteinamen führte, gründete sich. Lange politische Diskussionen, Kritik und Bedenken begleiteten die militärische Wiederbewaffnung der Bundeswehr.

Insbesondere wurde eine schulische Friedenserziehung ins Auge gefasst.

Die Hessische Verfassung von 1946 hatte dieses Bekenntnis zu einer dem Frieden dienenden Erziehung zum Beispiel klar zum Ausdruck gebracht. Eine Konsequenz war die klare Neubestimmung des schulischen Geschichtsunterrichts, die bereits konkretisiert im Verfassungstext ausgeführt wurde.

Im Artikel 56 der Hessischen Verfassung Vom 1. Dezember 1946 heißt es hierzu:

„Der Geschichtsunterricht muss auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten.“ Und: „Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden“.

Und unter dem übergreifenden Erziehungsziel für die schulische Bildung wurde gefordert, „den jungen Menschen zur sittlichen Persönlichkeit zu bilden, seine berufliche Tüchtigkeit und die politische Verantwortung vorzubereiten zum selbständigen und verantwortlichen Dienst am Volk und der Menschheit durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit.“

„Sittliche Persönlichkeit“ in heutige Sprache übersetzt hieße „eine moralische Haltung lebend“. Die anderen Bildungsziele verstehen sich von selbst: Ehrfurcht, Nächstenliebe, Achtung, Toleranz, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit.

Die Verfassungsgeber hatten damit deutlich zum Ausdruck gebracht, dass nicht noch einmal in Deutschland im Innern ein Krieg vorbereitet werden durfte.

Lehren aus der Zeit der ersten deutschen Demokratie

Es war dies auch eine Erfahrung aus der Zeit der Weimarer Republik.

Dort hatten rechte und rechtsradikale Parteien und Verbände die Feldherren, Kriege und Schlachten in großen Feiern hochleben lassen und nicht zufällig war der höchste Repräsentant des demokratischen Staates ein Offizier geworden: der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg.

Charakteristisch dafür waren die auch in Kassel von der politischen Rechten veranstalteten „Deutschen Tage“, bei denen von Hindenburg über Friedrich den Großen bis zur Hermannschlacht und den Nibelungen das Bild vom „letztlich unbesiegten deutschen Soldaten“ gezeichnet wurde, der eines Tages aus der gegenwärtigen „Schmach und Schande“, die durch Versailles gegeben wäre, Deutschland wieder befreien würde.

Alljährlich fanden zahlreiche Feiern und Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen statt (wie auch Hindenburg-Feiern, Hermann-Feiern, Skagerrak-Gedenken), bei denen die deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges in Rückschau gefeiert wurden.

Die aktuelle Bedeutung dieser Feldgottesdienste, Treuelieder, Ehrungen der Skagerrak-Kämpfer enthüllte sich im Jahr 1932 in einer beispiellosen Kampagne gegen den Kasseler Studienassessor Hein Herbers, der sich offen als Hindenburg-Kritiker und Pazifist bekannt hatte. Anlass war der erneute Abdruck seines zuerst 1929 veröffentlichten Artikels „Willst Du lange leben – werde General“ im Januar 1932. Herbers verwies darin auf das hohe Alter vieler Generale und Heerführer (er nannte u.a. Bülow, von der Goltz, Falkenhayn, Ludendorff und Mackensen) und wies besonders auf den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg hin. Er zog aus deren hohem Lebensalter den Schluss, dass diese Generale sich „dem Heldentod mit allem Geschick entzogen hätten“. Unmittelbar ergossen sich Intoleranz, Aggressionen, Ab- und Ausgrenzungsbedürfnisse und Strafwut über einen „pazifistischen Verbrecher“, „Feigling“ und „Volksfeind“. Herbers, der seine pazifistische Gesinnung radikal geäußert hatte,

wurde vom Dienst suspendiert und im April 1933 entlassen. In Kassel war er am Realgymnasium 2 ein bescheidener und geschätzter Lehrer gewesen. Herbers emigrierte in die Niederlande, wurde Lehrer der späteren Königin Beatrix und blieb sein Lebenslang Pazifist.

Diese Strategie der kampagnenförmigen Verächtlichmachung und Verhöhnung des demokratischen Gedankens und der persönlich demütigenden und beleidigenden „Vorführung“ hervorgetretener Demokraten oder Sozialisten wie Herbers war ein zentrales strategisches Mittel des Rechtsextremismus zur Zerschlagung des demokratischen Rechtsstaats. Feinderklärung, Rechtsstaat-Verunglimpfung und Demokratie-Verächtlichmachen waren die Methoden Hitlers und seine Gefolgschaft. Hinzu traten der Aufbau einer Gewalt ausübenden paramilitärischen Kampfeinheit und der politische Mord.

Es hat für mich beim historischen Rückblick den Eindruck, dass die Nachkriegsgesellschaft der Weimarer Republik in all ihren 14 Jahren im Innern diesen Frieden nicht herstellen können, mit anderen Worten aus dem Freund-Feind-Denken, aus der Mentalität des Kriegesischen nicht herausgefunden hat. Damit hat sie der politischen Partei NSDAP, die bereits den nächsten Krieg vor Augen hatte, die Wege geebnet.

Gegenwärtige Gefahren

Wir haben heute zum Glück eine andere, bessere Situation. Aber neue Gefährdungen des demokratischen Rechtsstaates und des inneren Friedens sind in letzter Zeit deutlich geworden.

Der bayrische Lehrer- und Lehrerinnenverband hat bereits vor drei Jahren ein Manifest unter dem Titel „Haltung zählt!“ verabschiedet, in dem es u.a. heißt:

„Wir Lehrerinnen und Lehrer und viele Pädagogen beobachten mit größter Sorge, wie sich die Stimmung, die Kommunikation in den sozialen Netzwerken und die alltäglichen Umgangsformen in unserer Gesellschaft verändern.

Wir erleben eine Aggressivität, eine Sprache des Hasses, der Geringschätzung und Diskriminierung, persönliche Beleidigungen, bewusste Kränkungen und Ausgrenzung in Wort und Handeln.

Diese Verrohung des Umgangs miteinander wirkt sich auch auf unsere Kinder und Jugendlichen aus. Als Lehrerinnen und Lehrer, die täglich mit allen Kindern und Jugendlichen dieser Gesellschaft arbeiten, sehen wir uns deshalb in der Pflicht, auf diese Entwicklung hinzuweisen und ihr entgegenzuwirken.

In Artikel 1 des Deutschen Grundgesetzes heißt es: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Wir Lehrerinnen und Lehrer sehen diesen Grundkonsens bedroht. Wir beobachten, wie unsere Gesellschaft gespalten und Menschen emotional aufgehetzt werden sollen. Extreme Gruppierungen und Personen, insbesondere Repräsentanten der Rechtspopulisten und Rechtsextremen, tragen zu dieser Verrohung des Umgangs maßgeblich bei.

Damit wird der Boden bereitet für Zwietracht, Verfolgung und physische Gewalt. Hass, Aggressionen und Angst aber zerstören Gemeinschaft - egal, ob im Klassenzimmer, in der Schule oder zwischen den Nationen Europas. Sachliche und respektvolle Kontroversen, wie wir sie in der Gesellschaft und im privaten Leben brauchen, werden dadurch zunehmend erschwert.“

Diesem inzwischen von Tausenden unterzeichneten Manifest ist nichts hinzuzufügen. Allerdings hat die Hass-Sprache durch die verdeckte widerliche Hetze im Internet weitere Steigerungen erfahren, die an Menschenverachtung, Zynismus und Mordlust nicht zu überbieten sind.

Die Mordtaten der NSU-Terroristen von Seiten des Rechtsradikalismus zielten darauf ab, die Rechtssicherheit und das Vertrauen in den staatlichen Schutz gegenüber jedermann gegenüber unseren Bürgern mit Migrationshintergrund fundamental zu untergraben und zu zerstören. Diese Morde haben nicht nur furchtbares Leid für die Familien der umgebrachten Menschen gebracht. Die Mörder wollten in ihrer Verblendung sich selbst an die Stelle des Staates setzen.

Die Androhungen von Gewalt und Totschlag gegenüber zahlreichen gewählten Bürgermeistern und Landes- wie Bundespolitikern – den von uns gewählten Repräsentanten des demokratischen Staates – haben in den letzten Monaten erschreckende Ausmaße angenommen. Wir haben es mit Bedrohungen und mit blutigen Gewalttaten zu tun. Insofern sind wir Bürger und Bürgerinnen aufgefordert, uns unmittelbar und vorbehaltlos im Schulterschluss neben die gewählten Bürgermeister und Abgeordneten, neben die Richter und Polizeibeamten, die den Rechtsstaat sichern, zu stellen.

Wir müssen, denke ich, neue Wege finden, um solche hinterhältigen und feigen Anschläge im Keim zu ersticken. Vor allem aber müssen wir den so Bedrohten nicht zuletzt auch persönlich beistehen. Zuerst sind Polizei und Gerichte gefordert. Gleichzeitig dürfen wir die so Bedrohten nicht alleine stehen lassen. Ob in öffentlichen Kundgebungen, Zeitungsanzeigen oder persönlichen Solidaritätsbekundungen müssen wir im Schulterschluss mit den Angegriffenen deutlich machen, dass eine große Mehrheit gegen diese feigen und hinterhältigen Attacken steht.

Am furchtbarsten hat uns hier in Kassel der Mord an dem allseits geschätzten und mutigen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke getroffen. Diese Untat bleibt hier im Gedächtnis. Seiner verehrten Frau und den Söhnen gilt unser Mitgefühl und unser Beileid. Er war jemand, für den der Friede im Innern der Gesellschaft ganz wichtig war. Diesem Grundsatz entsprechend hat er gelebt.

Zugleich kann man in diesem furchtbaren Ereignis die langen Schatten des Weimarer Staates, die wir für überwunden glaubten, erkennen: Der politische Mord ist wieder da. Mit dem politischen Mord ist uns allen, dem inneren Frieden und dem demokratischen Rechtsstaat der Krieg erklärt.

Was heißt das? Wie gehen wir mit diesen Gefährdungen des inneren Friedens um?

Zuerst sind Polizei und Gerichte aufgerufen. Aber auch wir, die Bürger und Bürgerinnen, sind nicht ohnmächtig. Das Manifest der bayrischen Lehrer und Lehrerinnen habe ich verlesen. Höchste Aufmerksamkeit im Alltag ist geboten, um menschenfeindliche Herabsetzungen zurückzuweisen. Dabei geht es bei diesen Zurückweisungen überhaupt nicht um politische Korrektheit - ein Unwort – sondern um die Erhaltung zivilen Miteinanders.

Ein weiteres Beispiel hierfür:

Vor wenigen Tagen wurde in der HNA berichtet, dass die Hessische Justizministerin Frau Kühne-Hörmann in Kassel eine einzigartige Kooperation mit verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft gegen Hass und Hetze im Netz begründet hat. Vertreter von Hassmeldden/Reconquista Internet, HateAid und die Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk haben mit dem Ministerium einen Kooperationsvertrag geschlossen, um gewaltverherrlichende, beleidigende oder rassistische Beiträge an die „Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Gießen) zu melden. „Unser Ziel ist es, strafbare Inhalte nicht nur zeitnah entfernen zu lassen, sondern auch die Täter zu identifizieren und vor Gericht zu stellen“ (Kühne-Hörmann).

Wir haben den demokratischen Rechtsstaat, der für die Erhaltung des inneren Frieden unabdingbar ist, zu verteidigen. Schützen wir die Demokratie wie ein Kleinod, indem wir sie mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln verteidigen. Erhalten wir den inneren gesellschaftlichen Frieden. Damit schaffen wir gewiss auch gute Voraussetzungen zum Umgang mit unseren Nachbarn. Ein innerer gesellschaftlicher Frieden will keinen äußeren Krieg.